



II-12080 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN  
für Umwelt, Jugend und Familie  
MARIA RAUCH-KALLAT  
GZ. 70 0502/195-Pr.2/93

A-1031 WIEN, DEN 23. Dezember...1993  
RADETSKYSTRASSE 2  
TELEFON (0222) 711 58

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

5449 IAB

1993-12-29

ZU 544 13

Die Abgeordneten zum Nationalrat Langthaler, Freunde und Freundinnen haben am 10. 11. 1993 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 5544/J betreffend FCKW/Ozonschichtzerstörung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Hat Österreich die vor fast einem Jahr unterzeichnete Vereinbarung - das Kopenhagener Zusatzabkommen zum Montrealer Protokoll - bereits ratifiziert?
  - Wenn ja, wann?
  - Wenn nein, warum nicht?
  - Wer blockiert die Ratifizierung?
  - Wann wird die Ratifizierung erfolgen?
2. Ein wesentlicher Punkt im Rahmen der Vereinbarung des Montrealer Protokolls ist der "Multilaterale Fonds", der die Umstellung in Entwicklungsländern fördert.

Hat Österreich bereits seinen Beitrag für 1993 zum Multilateralen Fonds des Montrealer Protokolls bezahlt?

- 2 -

- Wenn ja, wann?
- Wenn nein, warum nicht?
- Wenn nein, weshalb bezahlt Österreich seinen Beitrag immer erst zu Jahreschluß?

Glauben Sie nicht, daß eine Beitragszahlung zu Jahresbeginn wie dies etwa in Schweden, Norwegen etc. erfolgt, sinnvoll wäre, da das Geld dann fast ein Jahr früher zum Schutz der Ozonschicht verwendet werden könnte?

- Werden Sie sich dafür einsetzen, daß dieser Betrag in Zukunft sofort zu Jahresbeginn bezahlt wird?

3. Ein wesentlicher Schritt zum Schutz der Ozonschicht, den Österreich im eigenen Land setzen kann, ist der Erlaß einer Verordnung betreffend teilhalogenierten FCKW. Im Anschluß an das stufenweise Inkrafttreten der Verbote für vollhalogenierte FCKW ist eine Verordnung, die auch die teilhalogenierten FCKW erfaßt, von zentraler Bedeutung. Trotz mehrmaligen Ankündigungen über die Medien liegt bis heute kein Verordnungsentwurf des Umweltministeriums vor.

- Wie erklären Sie das?
- Wann wird der Entwurf fertiggestellt sein und ausgeschickt werden?

ad 1

In Österreich wurde das Ratifikationsverfahren für das Kopenhagener Zusatzabkommen zum Montrealer Protokoll bereits eingeleitet. Das Verfahren läuft zur Zeit im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und wird voraussichtlich im ersten Quartal 1994 abgeschlossen sein.

- 3 -

ad 2

1. Österreich hat den Beitrag für den Multilateralen Fonds des Montrealer Protokolls für 1993 noch nicht bezahlt.
2. Der Grund dafür ist, daß anlässlich der Kopenhagener Vertragsstaatentagung im November 1992 eine Erhöhung des Multilateralen Fonds und damit des österreichischen Beitrags beschlossen wurde. Wegen dieser Erhöhung (von US \$ 625 456 auf US \$ 999 272) mußte das Bundesministerium für Finanzen neuerlich eingebunden werden, was die Beitragszahlung verzögerte. Schließlich wurde vereinbart, den schon in einem Vortrag an den Ministerrat betreffend die Londoner Änderungen des Montrealer Protokolls genehmigten Betrag in der Höhe von US \$ 625 456 ohne Einbindung des Bundesministeriums für Finanzen und die restlichen US \$ 373 816 unter Einbindung des Bundesministeriums für Finanzen zu überweisen. Die entsprechenden Vorkehrungen wurden bereits getroffen.
3. Grundsätzlich ist beabsichtigt, den jährlichen Beitrag zum Fonds des Montrealer Protokolls am Jahresanfang zu bezahlen. Aufgrund der erforderlichen Einbindung des Bundesministeriums für Finanzen und der damit in Zusammenhang stehenden finanzrechtlichen Vorschriften kann es jedoch zu Verzögerungen der Beitragszahlungen kommen.
4. Selbstverständlich werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, daß der Beitrag zum Fonds des Montrealer Protokolls schon am Jahresanfang bezahlt wird. Allerdings wurde auch anlässlich der Vertragsstaatentagung in Bangkok im November 1993 eine weitere Beitragserhöhung beschlossen, wodurch neuerlich Komplikationen hinsichtlich der Beitragszahlung zu erwarten sind.

- 4 -

ad 3

Zur Zeit wird eine Verordnung nach § 14 ChemG zum Verbot teilhalogenierter FCKW erarbeitet. Gespräche mit der Wirtschaft haben bereits stattgefunden. Im Zuge der weiteren Vorgangsweise ist auf den geplanten EU-Beitritt Österreichs Bedacht zu nehmen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die zur Zeit rasante Entwicklung des Standes der Technik ausreichend berücksichtigt werden muß. Deshalb und weil eine derart weitreichende Stoffregelung intensiver Vorarbeiten bedarf, liegt noch kein konkreter Verordnungsentwurf vor. Mit einem Entwurf für die geplante Verordnung ist jedoch demnächst zu rechnen.

*Maria Raue-Kallat*